

Antrag

der Abgeordneten Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Dr. Michael Kaufmann, Norbert Kleinwächter, Barbara Benkstein, Matthias Moosdorf, Martin Reichardt, Dr. Christina Baum, Roger Beckamp, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Kay Gottschalk, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Dr. Dirk Spaniel und der Fraktion der AfD

Für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Lehrerausbildung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der bundesweite Lehrermangel bedroht Deutschlands Zukunft. Als ressourcenarmes Land ist Deutschland darauf angewiesen, eine Bildungsnation zu bleiben, um seine Wirtschaftskraft nicht zu gefährden. Die Lösung solch eines gravierenden Problems von nationaler Tragweite kann nicht allein Aufgabe der Länder sein. Auch beim Digitalpakt war es dem Bund möglich, trotz des Bildungsföderalismus ein Budget zweckgebunden zur Verfügung zu stellen.

Laut Gutachten von Prof. Dr. Klaus Klemm im Auftrage des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) werden in Deutschland im Jahre 2030 zwischen 81.000 und 155.400 Lehrer fehlen, je nachdem, in welchem Umfange schulpolitische Vorhaben wie der Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung, Inklusion und die besondere Unterstützung von Schulen in sozialen Brennpunkten umgesetzt werden (Klemm: „Entwicklung von Lehrkräftebedarf und -angebot in Deutschland bis 2030“, VBE, 2022, S. 25). Somit kommt das Gutachten zu einem anderen Ergebnis als die Kultusministerkonferenz (KMK), welche von nur 13.380 fehlenden Lehrern bis 2030 ausgeht. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Annahmen der KMK bezüglich der Zahl der Lehramtsstudenten und Schulabsolventen nicht die jüngsten Entwicklungen widerspiegeln. Auch die Auswirkungen zukünftiger Flüchtlingsbewegungen werden durch die KMK nicht berücksichtigt. Es ist fraglich, wie auf Grundlage zweifelhafter Daten, welche die Problematik marginalisieren, geeignete Maßnahmen getroffen werden können (www.bllv.de/vollstaendiger-artikel/news/neue-kmk-prognose-zum-lehrkraeftebedarf-erneut-massiv-schoengerechnet).

Um in Zukunft einem Lehrermangel entgegenzuwirken, bedarf es einer effektiven Planung von Lehramtsstudienplätzen. In der Vergangenheit wurden teilweise planlos neue Lehramtsstudienplätze geschaffen, ohne zusätzliches Personal einzustellen, was zu einer schlechteren Betreuung der Studenten führte und somit eine höhere Abbruchrate begünstigte. Generell planen die Universitäten weniger Masterplätze als Bachelorplätze ein. Beispielsweise boten die vier Berliner Universitäten im Wintersemester 2021/2022 eigenen Angaben zufolge 3.285 Studienplätze zum Bachelor mit Lehramtsoption, aber nur 2.369 zum Master of Education (Lehramt; www.sueddeutsche.de/karriere/ausbildung-berlin-unis-fordern-bessere-bedingungen-fuer-lehrkraeftebildung).

dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230123-99-323757). Bei Studiengängen, bei denen der Bachelor keinen berufsqualifizierenden Abschluss darstellt, ist dies als problematisch zu betrachten. Insbesondere in Zeiten des Lehrermangels sollten alle Bachelorabsolventen eines Lehramtsstudiums de jure einen Anspruch auf einen Masterplatz an ihrer Universität haben. De facto zeigt sich jedoch, dass viele Studienplätze nicht besetzt werden und dass viele Lehramtsstudenten bereits während des Bachelors ihr Studium abbrechen oder sich nach ihrem Bachelorabschluss umorientieren. Dem Statistischen Bundesamt zufolge strebten 2022 18.710 Studenten einen Bachelor für das Lehramt an Grundschulen an, aber nur 13.240 den entsprechenden Master. Für die Gymnasien und Berufsschulen fielen die Differenzen noch drastischer aus. Den Bachelor für das Lehramt an Gymnasien strebten 41.292 Studenten an, den entsprechenden Master aber nur 23.976. Bei dem Bachelor und Master für das Lehramt an beruflichen Schulen sah das Verhältnis ähnlich aus: 9.924 zu 5.583. Dem Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissensforschung zufolge lag die Abbruchquote im Lehramts-Masterstudium bei geplantem Abschluss 2020 bei 16 %. Allerdings erscheinen in der Statistik auch Lehramtsstudenten, die innerhalb des Studiums das Fach, die Schulart oder das Bundesland wechseln, als Studienabbrecher. Die Universität Potsdam berechnete intern, dass nur jeder zweite Lehramtsstudent sein Studium abschließt (www.deutschlandfunkkultur.de/lehrermangel-an-grundschulen-100.html). Insgesamt fehlen für ganz Deutschland aber saubere Daten. Empirisch wurde bisher auch nur unzureichend erforscht, worin die Gründe für einen Studienabbruch liegen (<https://table.media/bildung/analyse/besserung-erst-2025-schlechte-datenlage-bei-lehramtsstudierenden/>). Für eine effektive Zukunftsplanung ist daher eine saubere Datengrundlage vonnöten und die Erforschung der Gründe für einen Studienabbruch. Des Weiteren muss gezielt um Lehramtsstudenten geworben werden, um alle freien Studienplätze zu belegen. Ganz nach den marktwirtschaftlichen Regeln muss ein Mangel in einem Gebiet mit finanziellen Reizen behoben werden. Vor allem im MINT-Bereich fehlen viele Lehrkräfte, hier müsste für Studieninteressierte daher ein besonderer finanzieller Anreiz geschaffen werden.

Ein häufig genannter Kritikpunkt der heutigen Lehrerausbildung ist das praxisferne Studium, welches die Interessierten zu spät und unzureichend mit der Berufsrealität konfrontiert. Teilweise wird darin ein entscheidender Grund für den Abbruch des Studiums oder Referendariats und die vorzeitige Aufgabe des Lehrerberufs gesehen. Gegenwärtig zeigt sich die Problematik, dass statt reiner Lehramtsstudiengänge im Grundstudium fachwissenschaftliche Bachelorstudiengänge mit Lehramtsoption vorherrschend sind.

Sinnvoller wäre eine eindeutige Ausrichtung der Lehramtsstudiengänge mit lehramtsbezogenen Modulen ab dem 1. Semester mit einer stärkeren Gewichtung auf den Bildungswissenschaften, sowohl quantitativ wie auch qualitativ, und eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis. Umfangreich und regelmäßig sollte die Theorie in der Praxis und die Praxis anhand der Theorie reflektiert werden. Die Bildungsforscherin Anne Sliwka befürwortet beispielsweise die Errichtung eines dualen Lehramtsstudiums, bei dem Studenten bereits nach einem Semester als Förderkräfte an Schulen arbeiten könnten. Duale Studiengänge gelten aufgrund der Vergütung allgemein als attraktiv und könnten somit mehr junge Menschen zu einem Lehramtsstudium bewegen. Durch das frühe Einsetzen der Studenten als Förderkräfte könnte der Lehrermangel auch kurzfristig abgefedert werden (www.sueddeutsche.de/bildung/bildung-stuttgart-bildungsforscherin-plaediert-fuer-duales-lehramtsstudium-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230204-99-472536). Eine weitere Möglichkeit zur Umsetzung eines stärkeren Praxisbezuges bestünde darin, nach dem Bachelor eine auf ein Jahr befristete Unterrichtserlaubnis unter Einweisung von erfahrenen Pädagogen zu erteilen. Eine Wiederbelebung der Pädagogischen Hochschulen mit ihrer stärkeren praxisbezogenen Orientierung ist auch in Betracht zu ziehen. Ein größerer Praxisbezug im Studium

sollte jedoch nicht dazu missbraucht werden, Studenten als bloße Lückenfüller zu betrachten, vielmehr sollte er einen Beitrag zur Professionalisierung des Lehrerberufes leisten, wozu eine angemessene Begleitung und reflektierende Vor- und Nachbereitung der Praxis gehören. In einem föderalen System kann es keine Einheitslösung geben. Jedes Land muss entsprechend den eigenen Charakteristiken die geeignete Lösung finden für ein attraktives Lehramtsstudium, welches aufgrund eines größeren Praxisbezugs zu einer optimalen Berufsvorbereitung führt.

Zu einer effektiven Bedarfsanalyse gehört die Identifikation von Mangelregionen. Mit der Errichtung neuer Studienstandorte können strukturarme Regionen besser gefördert und Studieninteressierte früh an die Region gebunden werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

zusammen mit den Ländern eine Evaluation über die Ursachen des Missstandes in den Ländern durchzuführen und in Abhängigkeit der Ergebnisse auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung im Stil der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ gemäß Artikel 91b des Grundgesetzes einen „Aktionsplan für eine nachhaltige Lehrerausbildung“ zu schließen, der detailliert die Bedingungen regelt, unter welchen Voraussetzungen der Bund die Länder finanziell unterstützt, um den Lehrermangel mittel- und langfristig effektiv zu beseitigen. Die Länder sollen sich darin in Abhängigkeit der Evaluationsergebnisse selbst verpflichten zur

1. Entwicklung eines standardisierten und transparenten Prognoseverfahrens, welches kurz-, mittel- und langfristig zu einer realistischen Bedarfsermittlung führt, unter Einpreisung unvorhersehbarer Ereignisse, die kurzfristig zu einem stärkeren Lehrerbedarf führen könnten;
2. Erhöhung der Lehramtsstudienplätze nach ermitteltem Bedarf, dies muss mit einer Aufstockung des entsprechenden Personals einhergehen und perspektivisch die Schaffung entsprechend neuer Referendariatsplätze nach sich ziehen, um einen zukünftigen Trichtereffekt zu vermeiden;
3. Schaffung neuer Lehramtsstudienstandorte in Mangelregionen;
4. Gründung einer Forschungsgruppe zur empirischen Untersuchung des Studienabbruchs bei Lehramtsstudenten;
5. Gestaltung einer Kampagne zur gezielten Anwerbung von Lehramtsstudenten;
6. Errichtung einer Sonderförderung für Lehramtsstudenten, deren Höhe sich an der gewählten Fächerkombination orientiert. Der höchste Fördersatz steht zukünftigen Lehrern von MINT-Fächern zu;
7. Überprüfung der aktuellen Prüfungsordnungen der Lehramtsstudiengänge in Hinblick auf eine Überarbeitung zu einem stärkeren Praxisbezug, Prüfung der Möglichkeit der Errichtung eines dualen Lehramtsstudiums oder der Reaktivierung der Pädagogischen Hochschulen.

Berlin, den 29. Juni 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

